

E- 33

BR/69

E n t s c h l i e ß u n g

des Bundesrates vom 25. April 1969

(angenommen anläÙlich der Verhandlung über den GesetzesbeschluÙ des Nationalrates, betreffend ein Bundesgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen (Strafvollzugsgesetz - StVG.)

AnläÙlich der Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes, das den Vollzug von Freiheitsstrafen einer grundlegenden, von humanitärem Geist gegenüber dem Rechtsbrecher getragenen Neuordnung zuführt, erachtet es der Bundesrat als Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daÙ in Hinkunft Personen, die durch Verbrechen unverschuldet dauernden und schweren gesundheitlichen Schaden erleiden, insbesondere durch solche verbrecherischen Handlungen dauernd erwerbsunfähig werden, eine angemessene Hilfe seitens der Allgemeinheit zuteil wird.

Die Bundesregierung wird daher ersucht zu prüfen, in welchen Fällen und auf welche Weise solche Personen - sofern sie nicht bereits durch bestehende sozialversicherungsrechtliche oder sonstige Vorschriften für den Invaliditätsfall versorgt sind - angemessen entschädigt werden können, und dem Bundesrat hierüber einen umfassenden Bericht vorzulegen.